

## **Initiativantrag**

### **der unterzeichneten Abgeordneten betreffend die Erleichterung der Zusammenarbeit von Bezirkshauptmannschaften und Magistraten**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der oberösterreichische Landtag möge beschließen:

#### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, auf die Bundesregierung dahingehend einzuwirken, dass die Organisation und Aufgabenverteilung von Behörden der allgemein staatlichen Verwaltung in den Ländern flexibler gestaltet werden kann, und insbesondere auf eine Neuregelung des Art 15 Abs 10 B-VG hinzuwirken, um eine vereinfachte Behördenzusammenarbeit zu ermöglichen.

#### **Begründung**

Eine effektive und effiziente Landesverwaltung zeichnet sich durch den wirksamen Einsatz öffentlicher Mittel und eine hohe Qualität bei der Erledigung ihrer Aufgaben aus. Um die Wirkungsorientierung der Verwaltung in Oberösterreich langfristig zu sichern, bedarf es verstärkter Kooperationen von Bezirkshauptmannschaften und Magistraten. Gleichzeitig sollen sich neu bietende Möglichkeiten aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung auch in der öffentlichen Verwaltung genutzt werden können.

Die Übertragung von Zuständigkeiten der Bezirksverwaltungsbehörden ist den Ländern aktuell nur unter sehr engen Voraussetzungen möglich. Darüber hinaus sieht die Bundesverfassung aktuell zahlreiche wechselseitige Zustimmungserfordernisse und übergreifende Kompetenzen der Bundes- und Landesverwaltungen vor. Die Bundesverfassung schränkt den Spielraum der umfassenden Zusammenarbeit von Bezirksverwaltungsbehörden generell stark ein, die verfassungsrechtliche Sonderstellung von Statutarstädten bildet darüber hinaus eine zusätzliche Hürde für die Behördenzusammenarbeit.

Die engen Grenzen der Bundesverfassung schränken die Möglichkeiten einer effizienten Landesverwaltung ein. Die unterzeichnenden Abgeordneten fordern daher, dass die

Bundesverfassung dahingehend dereguliert werden soll, dass eine engere Kooperation von Bezirksverwaltungsbehörden und eine Bündelung von Kompetenzen möglich werden.

Linz, am 23. Jänner 2018

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Stanek, Kirchmayr, Frauscher, Aspalter, Höckner, Rathgeb, Hattmannsdorfer, Kölblinger**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Mahr**